

Brokdorf-Prozeß-Info

Nr. 7



Vor dem Prozeß = Nach dem Prozeß ?

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o
Paulsen, Arentsee,
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538
Spendenkonto: 104/054498
Verbandssparkasse Wilster
Stichwort: Brokdorf-Prozeß

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU
Hamburg c/o Laden, Lutteroth-
str.33, 2000 Hamburg 19,
040/402782

Ablauf des Prozesses

Nachdem in der ersten Prozeßrunde dieselben Gutachter wie in den Erörterungsterminen zu ihren Gutachten befragt worden waren und wir als Kläger als Ergebnis der Befragung zu allen offenen, bzw. nicht behandelten Punkten eine Reihe von Beweisansätzen gestellt hatten, ging es in der ersten Runde um die Erörterung einer Reihe von Fragen, die das Gericht in seiner Tagesordnung aufgeworfen hatte.

In der Hauptsache ging es um:

1. Die Klagebefugnis der Gemeinden
2. Den Umfang der gerichtlichen Überprüfung
3. Den Begriff des Standes von Wissenschaft und Technik
4. Die Bedeutung von Verwaltungsvorschriften
Die Deutung der Strahlenschutzverordnung
5. Erörterung von Standortfragen und Beweisansätzen
6. Entsorgung

- Vor der erste Punkt behandelt werden konnte, gab es am Montag Vormittag Probleme zwischen dem Gericht und der Öffentlichkeit: Der Saal war zu klein; nachdem wir dann zusammengedrückt waren, waren dem Vorsitzenden Richter plötzlich zu viele Menschen im Raum. Nachdem das Gericht damit gedroht hatte, den Saal räumen zu lassen, gingen wir in den Gerichtsflur und sangen Anti-AKW-Lieder. Die Verhandlung begann dann, nachdem wir uns nach ca. 1,5 Std. Verspätung wieder fast alle im Gerichtssaal eingefunden hatten.

- Zur Klagebefugnis der Gemeinden wurden wir durch die Gegenseite einem Bombardement von formaljuristischen Begründungen ausgesetzt, warum die Gemeinden nicht die Lebensinteressen ihrer Bewohner wahrnehmen dürften. Dabei war das Gericht stets bemüht, die sich äußernde Empörung der Öffentlichkeit zu rügen und mit "Sitzungspolizeilichen Maßnahmen" zu drohen, statt der Gegenseite die zum Teil ungeheuerlichen Provokationen zu untersagen. So redete ein Vertreter der Gegenseite davon, daß die Gemeinden wohl "ihren Gebietsbestand" nicht aber "ihren Bevölkerungsbestand" vertreten dürften. Es wurde so eine Ungeheuerlichkeit und Menschenverachtung nach der anderen geschickt in Paragraphen verpackt und von der Gegenseite dem Gericht präsentiert.

Ein Kläger stellte klar: "Für das, was uns hier geboten wird, ist das hier noch verdammt ruhig".

Die von Bürgermeister Sachse vorgebrachte tiefe Besorgnis um die Zukunft und das Wohl der Gemeinde wurde von der Gegenseite in keinsten Weise ernstgenommen oder gar inhaltlich ausgeräumt.

- Beim Punkt "Umfang der gerichtlichen Überprüfung" lautete der Tenor der Vorträge der Gegenseite:

Das Gericht hat überhaupt nichts zu überprüfen, es ist lediglich befugt, formaljuristisch zu arbeiten. Durch eine Fülle von Zitaten aus Gerichtsurteilen wurde dies "belegt". Hier müssen wir noch einmal auf die Situation vor Gericht eingehen: Nachdem unser Anwalt zu einem Punkt gesprochen hatte, kamen nacheinander (dasselbe mit anderen Worten sagend) eine ganze Reihe von Vertretern der Gegenseite zu Wort. Beklagt waren ja nur die Ministerien für Soziales und für Wirtschaft, es sprachen aber nacheinander:

1 Anwalt der Ministerien, 1-2 Vertreter der Ministerien, 1 Anwalt der HEW und der NWK, 1 Anwalt der KWU (Kraftwerksunion) und 1 Vertreter des Öffentlichen Interesses. Im Prinzip also 5 : 1 gegen uns!

- Der Punkt "Stand von Wissenschaft und Technik" zeichnete sich dadurch aus, daß die Gegenseite immer wieder von "herrschender Meinung" von "anerkanntem Stand von Wissenschaft und Technik" etc. sprach, ohne dabei zu sagen, wer herrscht und wer anerkennt. Die Frage, was Stand von Wissenschaft und Technik ist, spielt insofern eine wichtige Rolle als das Atomgesetz vorschreibt, daß die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlich Vorsorge gegen Schäden getroffen sein muß. Demgegenüber haben die wissenschaftlichen Beistände der Kläger sehr deutlich herausgearbeitet, daß wissenschaftliche Aussagen nicht wertfrei sind, daß "anerkannter Stand" und "herrschende Meinung" genau das ist, was der Umsetzung im Produktionsprozeß förderlich ist, und daß andere Erkenntnisse nicht beachtet werden. Dann wurde gezeigt, daß die Verwaltungsvorschriften, von denen die Gegenseite behauptet, daß darin der Stand von Wissenschaft und Technik niedergelegt ist, in Wirklichkeit nichts anderes

darstellen als Kosten-Nutzen-Analysen im Sinne der Betreiber, bei denen Leben und Gesundheit der Bevölkerung nur als störende Kostenfaktoren eingehen (ein Krebsfall = 300.000 DM - 600.000 DM). Unser klarer Standpunkt ist, daß die Wissenschaftler, die in den Kommissionen die Verwaltungsvorschriften erstellen, nicht über ein der Bevölkerung aufzubürendes Risiko zu entscheiden haben. Über diese Punkte darf nur die betroffene Bevölkerung selbst entscheiden!

Das war der Montag, an dem bis 21³⁰ verhandelt wurde!

- Der Dienstag begann damit, daß das Gericht unseren Anwalt ermahnte, unsere wissenschaftlichen Beistände nur zu "wissenschaftlichen Fragen" reden zu lassen und keine "rechtliche Wertung" machen zu lassen. Diese Zensurmaßnahme bezog sich auf die Diskussion vom Vorabend, in der die Beistände den Zusammenhang von Wissenschaft und Gesellschaft herausgestellt hatten und insofern nach Meinung des Gerichts "rechtliche Wertungen" vorgenommen hatten. Die Beistände sahen dies als Beschneidung ihres Aussagerechts und waren entschlossen, unter diesen Bedingungen nicht weiter am Verfahren als Alibi des Gerichts teilzunehmen. Nachdem das Gericht ihnen nicht erlaubt hatte, hierzu eine Erklärung abzugeben, wurde ein Befangenheitsantrag gegen das Gericht gestellt, welcher jedoch abgelehnt wurde.

Die Beistände bleiben dann aber auf Wunsch der Kläger im Saal und das Gericht "entschuldigte" sich halbwegs, da es keinen Eklat wollte.

- Im weiteren wurden die Beweisanträge erörtert. Diese Anträge haben die Funktion, die Beweisaufnahme zu vervollständigen, da die Behördengutachter wichtige Punkte falsch oder garnicht ermittelt hatten.

Der erste Beweisantrag bezog sich auf die Radiologie (Strahlenbelastung im Normalbetrieb). Es wurde ein neues Gutachten gefordert, das im Gegensatz zu Behördengutachten von real in Brokdorf gemessenen Werten ausgehen sollte. Die Gegenseite beantragte, den Beweisantrag abzulehnen, da das Gericht dies sowieso nicht zu ermitteln habe und zog sich auf Verordnungen des Bundesinnenministeriums zurück.

Zur Strahlenbelastung durch Abwässer und Schlick, der auf die Wiese kommt, sagte die Gegenseite, daß dies keine Rolle spiele, da eine Verrohrung der Wilstermarsch vorgesehen sei. Darauf entgegnete der Kläger W. Götsche, daß er als Vorstandsmitglied im Sielverband davon nichts wisse und daß das auch nicht in Frage käme!

- Danach wurden die weiteren Beweisanträge behandelt: Flugzeugabstürze; hier meinte die Gegenseite, die Wahrscheinlichkeit, daß ein abstürzendes Flugzeug schwerer oder schneller ist, als in den Verwaltungsvorschriften festgelegt, sei so gering, daß der vorhandene "Schutz" genüge. Nachdem wir diese Wahrscheinlichkeitsrechnung einmal nachrechneten stellten wir fest, daß diese ebenso hoch ist wie 6 Richtige im Lotto (immerhin!!). Anders ausgedrückt, wie ein Beistand der Kläger es formulierte: "Die Gemeinde Wewelsfleth gibt jedes Jahr einen Lottotip ab, wenn sie 6 Richtige kriegt, wird sie vernichtet".

- Ermüdungssicherheit der Primärkreislaufkomponenten; hier haben wir lediglich gefordert, daß an die Ermüdungssicherheit mindestens genauso strenge Anforderungen bezüglich des experimentellen Nachweises gestellt werden müssen, wie beim Flugzeugbau (im Flugzeugbau werden am Originalbauteil Versuche gemacht, im Reaktorbau wird nur gerechnet oder an Materialproben experimentiert). Von der Gegenseite daraufhin

wieder dasselbe Spiel: Keine Ermittlungskompetenz des Gerichtes, Berufung auf Verwaltungsvorschriften.

- Auf die Frage der Kläger, wer denn für den Katastrophenplan zuständig sei, wurden diese von den Behördenvertretern an den Landrat verwiesen, welcher sie wiederum an die Behörde verwiesen hatte. Es ist also keiner zuständig!
- Danach wurde mit dem Punkt Entsorgung begonnen, wo wir dargelegt haben, daß es überhaupt keine Möglichkeit der Endlagerung gibt und daß der weitere Betrieb und Bau von AKWs darauf hinausläuft, Sachzwänge zu schaffen, wo dann der aufgetürmte Atommüll irgendwie und ohne Rücksicht auf die Sicherheit vergraben werden muß. Die Gegenseite antwortete damit, daß die Kläger von der Entsorgung sowieso nicht betroffen wären und deshalb dazu nicht klagebefugt wären. Außerdem würde das Atomgesetz die Entsorgung nicht zur Genehmigungsvoraussetzung machen, weswegen man diesen Punkt sowieso ausklammern könne! Anders gesagt: Weil das Gesetz das nicht regelt darf die Atomindustrie schlampen und unser aller Zukunft mit einer ungeheuren Hypothek belasten!
- Abschließend folgten die Plädoyers von unserem Rechtsanwalt, einiger Beistände und der Kläger. Als dann die Gegenseite ansetzte ihre Plädoyers zu halten, zogen die Zuhörer, die Beistände und ein Teil der Kläger aus dem Saal, sie wollten und konnten sich dem nicht mehr aussetzen.

Das Plädoyer einer Klägerin ist im Folgenden abgedruckt und gibt die Inhalte auch der anderen Plädoyers z.T. sehr gut wieder.

EINE KRITIK AN DER PROZESSFÜHRUNG

Für uns als Zuschauer im BROKDORF-PROZESS war es selbstverständlich, daß wir im Gerichtssaal durch eigenes Auftreten klarmachen können, daß wir ebenso betroffen sind und dieser Prozess auch unser Prozess ist. Diese Haltung war in der Prozeßgruppe (wissenschaftliche Beistände, Rechtsanwalt) und mit den Klägern nicht genügend abgesprochen und geklärt worden. Dadurch fühlten sich einerseits die Kläger durch unser Auftreten (Transparent, Buh-Rufe, Beifallklatschen) überfahren und andererseits die Zuschauer als Statisten, die lediglich den Saal füllten.

Wir finden es wichtig, daß die Aktionen oder Äußerungen von dem Rechtsanwalt der Kläger und den wissenschaftlichen Beiständen in den Prozeßverlauf integriert und eventuell gegenüber dem Gericht verteidigt werden; aber auch, daß der Rechtsanwalt der Öffentlichkeit im Saal die juristischen Vorgänge erklärt. Da dies überwiegend nicht geschah, riskierten wir z.B. immer dann einen Rausschmiß, wenn wir dem Gericht "zu laut" wurden, wußten aber nicht, wie sich die Kläger und Beistände dazu verhalten würden (z.B. ob sie ebenfalls ausziehen würden).

Durch die Gespräche in den Pausen und an den Abenden stellten wir dann erst fest, daß die Kläger und ein Teil der Prozeßgruppe den Prozeß auf jeden Fall bis zum Ende führen wollten. Ein gemeinsames Vorgehen wurde durch diese mangelnde Absprache und Diskussion nicht so recht möglich, die Zuschauer konnten sich nur noch in ihren Äußerungen zurückhalten um sich nicht von den Klägern zu isolieren.

Einige Leute aus dem Prozeßsaal

Im nächsten Info: Leserbrief der SPD Wewelsfleth zu Info 6 und: Welche Konsequenzen hat die jetzige Situation für unser Verhalten.

Abschlußplädoyer einer Klägerin

Ich habe lange überlegt, was ich in meinem Schlußwort noch sagen soll. Am liebsten würde es die Gegenseite sehen, wenn wir kleinlaut und resignierend unsere Sachen packen und uns aus dem Saal schleichen. Ich habe diese ganzen Trixereien satt und bin nicht bereit, mein Leben und meine Gesundheit den Hoffnungen und Erwartungen nüchternen Geschäftsleute anzuvertrauen. Für sie sind wir eben nur ein Teil des Bevölkerungsstandes, der mit verplant werden muß. Da werden wir ständig zur Sachlichkeit gemahnt und Emotionen werden als etwas Unnatürliches verworfen. Da maßen sich Leute an, über mein, über unser Leben zu entscheiden!

Früher wurden Leute, die den Wein verpanschten, an den Galgen gebracht! Heute verpanschen sie nicht nur den Wein, sondern können völlig ungehindert und ungestraft Luft und Wasser vergiften, Lebensgrundlage für alles Leben. Ich bin froh, daß mir mein gesunder Menschenverstand signalisiert, daß hier eiskalte Rechnerwerke sind, die um der MilliardenGeschäfte willen mit unserem Leben und unserer Gesundheit spielen. Sie wissen sehr wohl, was geschieht und was geschehen kann. Ich möchte Ihnen hier einmal die Gedanken eines Buxtehuder Oberstudiendirektors vorlesen, die ihm bei der Diskussion um den Fernsehfilm "Holocaust" zur Entwicklung der Atomenergie gekommen sind.

(Diesen Artikel lassen wir aus Platzgründen aus, er stellt Parallelen zwischen NS-Zeit und AKWs dar.)

Auch in diesem Prozeß ging es ganz offensichtlich wieder darum, alles zu verschleiern. Die Gegenseite behauptet, die Entsorgung als Genehmigungsvoraussetzung ist nicht im Atomgesetz vorgeschrieben. Sie leitet daraus ihr Recht ab, mit der Entsorgung zu schlampfen. Ich weiß nicht, wie sie das verantworten kann! Da werden Wortschöpfungen erfunden, die uns Sicherheit vortäuschen sollen. Nehmen wir das Strahlenschutzgesetz zum Beispiel. Wenn ich Strahlenschutz höre, dann verstehe ich das so, daß es zum Schutz der Bevölkerung da ist, es soll uns vor Strahlen schützen. Und dann wieder Grenzwerte. Dadurch wird der Schutz vor Strahlen hinfällig, es werden Werte bis zu einer bestimmten Grenze genehmigt. Besser wäre es dann und ehrlicher, von Bestrahlungserlaubnis zu reden. Oder nehmen Sie das Wort "Entsorgung". Ich kann frei von Sorgen sein. Die Erde wird der gefährlichste und giftigste Müllplatz - und da soll ich frei von Sorgen sein?!

Zu diesem geschickten Spiel mit Worten kommen mathematische Formeln und Zahlen. Sie sollen ihren Aussagen den nötigen Grad an Wissenschaftlichkeit verleihen. Auf meine ganz einfache Frage, mir doch nur eine ihrer so mannigfaltigen technischen Möglichkeiten zu nennen, hat man keine Antwort. Dies alles zeigt deutlich, auf welcher vielfältigen Weise wir getäuscht und bewußt belogen werden. Das fängt an mit den Erörterungsterminen, wo der Anschein einer demokratischen Öffentlichkeit erweckt werden soll. Sie sind nichts als Theater, sie sind ein Skandal, eine

Farce. Nicht ein einziger Punkt unserer Bedenken ist damals widerlegt worden und wenn ein Minister oder ein Ministerium behauptet, es sei alles ausführlich behandelt und alle Zweifel ausgeräumt worden, dann ist das eine glatte Lüge. Uns ist klar geworden, wie weit das Mitbestimmen und Mithandeln des so oft zitierten "wachen" Bürgers zu gehen hat. Seinen Unmut loslassen, aber dann muß auch Schluß sein. Solange wir uns in den Jubelchor der Begeisterten und Zustimmenden einreihen, wie bei Wahlen zum Beispiel, werden auch unsere Emotionen als hilfreich empfunden. Wendet sich der einst so folgsame Bürger nun gegen die Atomenergie, weil er beginnt, das Spiel zu durchschauen, versucht man mit allen Mitteln, ihn zum Schweigen zu bringen.

Wir haben uns nicht einschüchtern lassen: auch wenn Bauernhöfe und unsere Häuser nächtelang angestrahlt und ausgeleuchtet wurden, auch wenn die Polizei nachts in unseren Scheunen herumschnüffelte, auch wenn unsere Häuser tagelang von Polizeistreifen beobachtet wurden, auch wenn wir zum Befahren von Straßen zu unseren Häusern und Grundstücken Passierscheine beantragen mußten, auch wenn wir unsere Personalpapiere unter dem Vorwand einer Fahrzeugkontrolle ständig vorzeigen mußten, auch wenn wir Strafanzeigen wegen Landschaftsverchandlung erhielten, weil wir auf unseren Grundstücken Plakate aufgestellt hatten, auch wenn wir in Versammlungen ständig fotografiert wurden, auch wenn unsere Autos aus fadenscheinigen Gründen gestoppt und durchsucht wurden, auch wenn man auf gemeinste Art und Weise versucht hat, uns kaputt zu machen, indem wir auf dem Nachhauseweg von der Polizei gestellt und uns Trunkenheit am Steuer vorgeworfen und mit Führerscheinentzug gedroht wurde, auch wenn wir diffamiert und kriminalisiert werden.

Wir werden auch in Zukunft nicht schweigen und lassen uns nicht mundtot machen!

Wer vom "wachen" Bürger redet, ihn dann bespitzelt und niederprügeln läßt, hat den Schritt vom Rechtsstaat in den Polizeistaat bereits getan.

Wir haben klar erkannt: Es sind nicht unsere Interessen, die hinter dem Energieprogramm der Bundesregierung stehen.

Es ist denn auch bezeichnend, daß dem HDR-Verwaltungsrat nach der Berichterstattung alle Berichte, Kommentare und Nachrichten über Brokdorf vorgelegt werden mußten. Also wieder massive Einschüchterung als Druckmittel!

Wir haben erfahren und gelernt, daß unsere guten Argumente nichts zählen. Nur dann, wenn wir unsere Interessen selbst in die Hand nehmen, nur da, wo unser Widerstand sehr groß ist, nur da ist der Bau von Atomanlagen gestoppt worden. Wir werden uns auch weiterhin entschieden zur Wehr setzen; Phantasie haben wir genug - und auch den Mut!

Gleichschaltung der Gerichte

Zum Ende des Verfahrens um das AKW Brokdorf hat das VG - Schleswig sämtliche Beweisanträge der Kläger abgelehnt: Nach der Rechtsauffassung des Gerichtes seien diese Beweisanträge unerheblich. Wenn nämlich die Tatsachenhauptungen in den Beweisanträgen aufgeklärt werden müßten, dann bedeute dies, daß die Behörde die erste Teilerrichtungsgenehmigung ohne diese erforderliche Aufklärung, also zu Unrecht erlassen habe und der Klage dann stattzugeben sei.

Bisher hat es aber in Verwaltungsgerichtsverfahren um AKWs immer Beweisaufnahmen gegeben. Die Haltung des VG - Schleswig zeigt, wie sich die Justiz auf eine veränderte politische Situation eingestellt hat:

1. Als der Widerstand gegen das AKW Brokdorf im Jahre 1976 den Baustopp forderte, redete sich Stoltenberg damit heraus, er könne das nicht anordnen, die Bürger sollten die Gerichte anrufen.

Überall dort, wo es massive Proteste gegen AKWs gegeben hat, haben die Verwaltungsgerichte Klägern Recht gegeben und den Bau blockiert:

das VG Freiburg für das AKW Whyt,

das VG Schleswig und das OVG Lüneburg für das AKW Brokdorf.

Wir haben diese Entscheidungen so verstanden, daß es uns gelungen war, unseren politischen Druck durch ein gerichtliches Verfahren "einzulösen".

2. In der weiteren politischen Auseinandersetzung (nach der Spaltung der Demonstration vom 19.2.1977, nach der Verurteilung der Grohnde Demonstranten und nach Kalkar) wurden die Verwaltungsgerichte von den Politikern massiv angegriffen:

Die "friedliche Nutzung der Kernenergie" sei eine politische Grundentscheidung des Gesetzgebers, die die Gerichte nicht zu überprüfen hätten und nicht behindern dürften. Durch diese Baustopps würden Investitionsmittel blockiert, das Wirtschaftswachstum und die technologische Zukunft der Atomindustrie gefährdet. Die Gerichte seien für Entscheidungen über komplizierte technische Fragen nicht sachkundig. Gedroht wurde, daß notfalls auch die Gesetze geändert würden, um den Bau von AKWs durchzusetzen.

3. In der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Schleswig haben das Land Schleswig-Holstein (die Beklagte) und die HEW, NWK und KWU (die Beigeladenen) die Strategie verfolgt, dem Gericht j e d e Entscheidungsbefugnis abzusprechen:

- a) z.B. seien die Gemeinden nicht befugt, die Interessen der Einwohner wahrzunehmen. Die Klagen seien unzulässig (das Gericht dürfe das Vorbringen also nicht weiter sachlich prüfen).

- b) z.B. hätten die Kläger nicht das Recht, die Zerstörung des Landschaftsbildes durch das AKW zu rügen. Solche Allgemeininteressen würden allein vom Land Schleswig-Holstein wahrgenommen. Verstöße gegen das Landschaftsschutzgesetz und auch gegen das Bundesbaugesetz und gegen das Bundesnaturschutzgesetz dürften die Gerichte daher nicht prüfen.

- c) z.B. werde "die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden" aus dem Betrieb von Atomanlagen (§ 7 II 3 Atomgesetz) allein durch technische Regeln und Vorschriften festgelegt, z.B. solche des Kerntechnischen Ausschusses und der Reaktorsicherheitskommission, die für das Bundesinnenministerium tätig werden. Das Gericht dürfe nur überprüfen, ob sich die Genehmigung an die technischen Regeln halte (ob die Sachverständigen im Rahmen der technischen Vorgaben durch die Behörde richtig gerechnet haben). Die technischen Regeln selbst dürfe das Gericht nicht überprüfen. Damit bestimme die Behörde den Umfang der gerichtlichen Kontrolle und das Maß der technischen Unsicherheit in der Auslegung des AKWs.

- d) z.B. greife die ungeregelte Entsorgung von AKWs nicht in die Rechte der Kläger ein. Das Gericht dürfe die Entsorgung daher nicht prüfen.

Nach der Vorstellung der Beklagten und Beigeladenen bleibt eigentlich nichts, was das Gericht kritisch überprüfen könnte. Innerhalb der technischen Vorgaben haben die Sachverständigen der Behörde meist richtig gerechnet. Demnach soll das Gericht nur dazu dasein, der Behörde den Schein der Rechtmäßigkeit durch die gerichtliche (Schein-) Prüfung zu geben.

4. Die Ablehnung der Beweisanträge zeigt, daß das Gericht dem Druck der Politiker nachgegeben hat (Schmidt erst kürzlich "unzweckmäßige Gerichtsurteile").

Das Gericht stellt nur noch fest, ob die Behörde den Sachverhalt durch Gutachten im Genehmigungsverfahren ordentlich aufgeklärt hat. Das Gericht selber klärt aber nicht auf. Damit wird ein großer Teil des technischen Wissens, der für AKWs eingesetzt wird, einer öffentlichen Kontrolle in einem Gerichtsverfahren entzogen.

Damit wird das Gerichtsverfahren auch schneller und "effektiver" gemacht; das Gericht holt nicht langwierige Sachverständigen-Gutachten ein, die dann in mündlicher Verhandlung erörtert werden, sondern entscheidet sofort. Die Behörde hat dann die Möglichkeit, nach Behebung der beanstandeten Punkte sofort wieder eine neue Genehmigung zu erlassen, die dann für sofort vollziehbar erklärt wird. So könnte z.B. passieren, daß wir den Prozeß gewinnen, weil die Behörde nach Meinung des Gerichtes irgendeinen läppischen Punkt nicht gehörig aufgeklärt hat. Die Anti-AKW-Bewegung wird mit diesem Urteil eingulult. Inzwischen erledigt die Behörde die gerichtliche Beanstandung und erläßt, wenn es politisch gerade paßt, eine neue Genehmigung, mit der dann die Betreiber sofort weiterbauen dürfen. Jetzt müßte neuerlich - und mit geringeren Aussichten weil ja schon fast alles überprüft war - Klage erhoben und ein Baustop beantragt werden, oder wie es ein Kläger ausdrückte: "So kann uns die Behörde ihren Sachverstand häppchenweise präsentieren, und wir dürfen uns an diesem abgenagten Knochen die Zähne stumpf und ausbeißern!"

Wenn die Anti-AKW-Bewegung so auf das Vertrauen in das Gericht geleitet wird, ist sie schnell politisch ausmanövriert.